

Bericht über die Entwicklung in Polen im Monat September 1957

Sonderbericht

Die polnisch-jugoslawischen Verhandlungen	I
1. Allgemeine Atmosphäre der polnisch-jugoslawischen Gespräche	I
2. Die Thematik der polnisch-jugoslawischen Gespräche	III
3. Einige zusammenfassende Bemerkungen	VIII
4. Ein polnischer Kommentar	IX

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse	1
1. Jahrestag des Kriegsausbruches	1
2. "Bunte Zusammenhäufung"	2
3. Front der Arbeiter und Bauern nicht fest genug	2
4. "Poprostu"	3
II. Wirtschaft	3
1. Gomulka auf dem Erntefest	3
2. Fehlerhaft berechnet	4
3. Wirtschaftliche Aktivierung der Kleinstädte	5
4. Übermäßige Inanspruchnahme der Eisenbahnen	5
5. Nur nebensächliche Begleiterscheinungen	6
III. Soziale Probleme	7
1. Streiks	7
2. Statistik	8

B. Polen und Ausland

1. Ostsee - Ein Friedensmeer	9
2. Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Westen	10

Die polnisch-jugoslawischen Verhandlungen

1) Allgemeine Atmosphäre der polnisch-jugoslawischen Gespräche

Auf Einladung des Bundes der jugoslawischen Kommunisten und der Regierung der Jugoslawischen Föderativen Republik besuchte eine offizielle parteistaatliche polnische Delegation vom 10. bis 17. September ds. Jhs. Jugoslawien. Die polnische Delegation setzte sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Wladyslaw GOMULKA, erster Sekretär des ZK der PZPR, Ministerpräsident; J. CYRANKIEWICZ, Mitglied des Politbüros des ZK der PZPR; A. RA PACKI, Mitglied des Politbüros des ZK der PZPR, Minister für auswärtige Angelegenheiten; E. OCHAB, Mitglied des Politbüros des ZK der PZPR, Minister für Landwirtschaft und dem polnischen Botschafter in Jugoslawien, Henryk GROCHULSKI. Ferner begleiteten die Delegation, Maria WIERNA, Botschafter und Generaldirektor des Auswärtigen Amtes, Josef CZESAK, Sekretär der Kommission für auswärtige Angelegenheiten beim ZK der PZPR, Edward BERTOL, bevollmächtigter Minister und Protokollchef des Auswärtigen Amtes und K. KOROLCZYK, Vizedirektor im Auswärtigen Amt.

Die polnische und besonders die jugoslawische Presse haben schon von Anfang an die Nachricht über den Besuch GOMULKAs in Belgrad als ein wichtiges Ereignis im politischen Leben bezeichnet. Am 8. September erklärte der jugoslawische Botschafter in Warschau, Milorad MILAKOVIC, dass der polnische Besuch in Belgrad sich nicht mit der Suche nach einer Plattform beschäftigen wird, denn eine solche Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Polen und Jugoslawien sei bereits vorhanden. Nach seiner Meinung werde die Bedeutung dieses Besuches "weit über den Rahmen der guten Beziehungen zwischen Jugoslawien und Polen hinausgehen und ein wichtiges Ereignis in den Beziehungen der sozialistischen Länder und den kommunistischen Arbeiterparteien der ganzen Welt werden". (Nach "Trybuna Ludu" vom 9. September 1957).

Besonders die jugoslawische Presse beschäftigte sich eingehend noch vor der Ankunft der polnischen Delegation in Belgrad mit der Bedeutung der polnisch-jugoslawischen Gespräche. In mehreren Artikeln wurde besonders die Verbrüderung und die Ähnlichkeit der polnischen und jugoslawischen Entwicklung hervorgehoben. "Borba" schrieb unter anderem, dass "die polnische kommunistische Führung niemals blind den Instruktionen der Komintern-Kominform folgte", "Kommunist" vom 6. September schrieb, dass "die Beziehungen zwischen Polen und Jugoslawien zwischen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens solche sind, wie sie zwischen anderen sozialistischen Ländern und Arbeiterparteien sein sollten". Die gleiche Nummer des "Kommunist" verlangte die endgültige Anerkennung der polnischen Oder-Neisse-Grenze und Beseitigung dieser Hindernisse für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Polen und dem Westen.

Am 10. September ds. Js., am Tage der Abreise der polnischen Delegation nach Belgrad, veröffentlichte das polnische Parteiorgan "Trybuna Ludu" auf der ersten Seite einen Artikel, in dem die Ziele des GOMULKA-Besuches in Belgrad genau erörtert werden. Auch dort heisst es, dass es nicht notwendig sei, während des Treffens der polnischen und jugoslawischen Politiker über die Plattform der Zusammenarbeit zu sprechen, da eine solche Plattform bereits bestehe und die Prüfung für ihre Lebensfähigkeit immer besser ablege. "Das Zusammentreffen wird den Kontakt beider Parteien erweitern, der Stärkung der Einheit und Brüderlichkeit der Länder dienen und zur Annäherung aller fortschrittlichen Kräfte der Welt, die eine friedliche Koexistenz wünschen, beitragen". Auch die aussenpolitischen Probleme sollten während des Treffens eingehend behandelt werden, erklärte "Trybuna Ludu". Das Problem des westdeutschen Revisionismus und Militarismus als "antipolnischer Nährboden" sei besonders hervorzuheben.

Schon vor der Ankunft der polnischen Delegation in Belgrad war es klar, dass die polnisch.-jugoslawischen Gespräche sich in erster Linie mit den Problemen der internationalen Politik und der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien befassen würden. Das erklärte Ziel dieses Besuches war es dabei, die Positionen der polnischen und jugoslawischen Kommunisten, die nach der KPdSU und der KP-Chinas die bedeutendsten kommunistischen Parteien im östlichen Raume sind, wesentlich anzunähern.

Schon zu dieser Zeit konnte man feststellen, dass beide Seiten, wenn auch nur in diplomatischer Form, so doch auf konsequente Weise die Stalinetappe und vor allem die Politik der sowjetischen KP gegenüber Jugoslawien nach 1948 kategorisch verurteilen. "Trybuna Ludu" sprach über die "traurige Etappe des Unrechtes und der Vereinsamung der jugoslawischen Genossen, hervorgegangen aus den vergifteten Wurzeln der Verdrehungen und Entstellungen des sogenannten Personenkultes". Die Zeitung meint, diese Etappe werde sich niemals wiederholen, da die Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse und in den sozialistischen Ländern, deren Ausdruck der XX. Parteitag der KP der Sowjetunion und die Anerkennung des ZK der PZPR waren, diese Entstellung auf alle Zeiten in die Vergangenheit gerückt haben.

"Trybuna Ludu" spricht in diesem Zusammenhang von der Gruppe MOLOTOW als einer Bremse für die Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen.

Auch die jugoslawischen Zeitungen erinnerten oft an die Geschichte des Kommunismus, jedoch ist im allgemeinen festzustellen, dass beide Seiten versuchten, dieses Problem mit äusserster Vorsicht zu behandeln und keinesfalls den Verdacht zu erwecken, dass die polnisch-jugoslawischen Gespräche einen antisowjetischen Charakter haben könnten.

2) Die Thematik der polnisch-jugoslawischen Gespräche

Die polnisch-jugoslawische Presse informierte laufend über den Verlauf des polnischen Besuches in Jugoslawien. Die eigentlichen Gespräche zwischen beiden Delegationen wurden jedoch fern der Öffentlichkeit geführt, und so können nur die öffentlichen Reden GOMULKAS und TITOS und anderer Persönlichkeiten sowie das offizielle Dokument - die "polnisch-jugoslawische Erklärung", als Quelle zur Rekonstruktion der Gespräche dienen. Die Auswertung dieses Materials ermöglicht eine ziemlich genaue Aufzählung der behandelten Probleme.

a) Internationale Lage

Beide Partner sprachen sich für einen europäischen kollektiven Sicherheitspakt aus. GOMULKA äusserte sich erneut gegen das Bestehen der militärischen Blocks, d.h. gegen NATO und Warschauer Pakt und forderte den Abzug fremder Truppen aus allen europäischen Ländern. Dies betonte er vor allem während seiner Rede im Kombinat "Litostroj" in Laibach. In dieser Rede sagte er u.a. folgendes:

"Es besteht kein Zweifel darüber, dass der europäische kollektive Sicherheitspakt zur Abschaffung der militärischen Blocks, zum Abzug der fremden Streitkräfte aus den Gebieten anderer Länder und zur Normalisierung für den Weltfrieden beitragen könnte. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß auch in diesem Fall die Ziele unserer Politik auf internationalem Gebiet die gleichen sind."

Das Deutschland-Problem bildete neben der Lage im Nahen Osten das wichtigste Thema der polnisch-jugoslawischen Besprechungen. Von polnischer Seite wurde mehrmals betont, dass die Entwicklung in Westdeutschland beim polnischen Volk keinesfalls Vertrauen erwecke, hauptsächlich deswegen, weil es in der Bundesrepublik Kräfte gebe, die eine Revision der Oder-Neiße-Grenze verlangen. Auch die Tatsache, dass Deutschland nicht vereinigt ist, wurde während der polnisch-jugoslawischen Gespräche mehrmals als eine Gefahr für den Frieden in Europa bezeichnet. Die Stellungnahme beider Partner zu dieser Frage formulierte GOMULKA in seiner Belgrader Rede am 15. September:

"Wir meinen also, - und wir sind uns über diese Frage völlig einig - dass wir dem deutschen Volk seine Wiedervereinigung selbst überlassen können. Im Rahmen der Möglichkeiten sollten wir uns aber bemühen, aufgrund eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit die Bedingungen für die Beseitigung der Teilung Deutschlands und Europas zu erleichtern."

(Nach "Trybuna Ludu" vom 10. September 1957)

Das Deutschland-Problem fand sehr viel Raum auch in dem offiziellen Dokument, der "polnisch-jugoslawischen Erklärung", die am 16. September von TITO und GOMULKA gemeinsam unterzeichnet wurde:

"Beide Seiten sind der Ansicht, dass die Entspannung mit dem Problem der kollektiven Sicherheit und dem Deutschlandproblem eng verbunden ist. Bei der Erörterung der europäischen Probleme kommen beide Regierungen zu dem Schluss, dass die Vereinigung Deutschlands zu einem friedlichen demokratischen Staat ein wichtiger Beitrag für die Stabilisierung in der Welt sein könnte.

Beide Regierungen betonen die Bedeutung dieses Problems für die europäischen Länder und in erster Linie für die Nachbarländer Deutschlands. Jede Lösung des Problems der Vereinigung Deutschlands muss mit der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten rechnen. Die polnische und die jugoslawische Regierung vertreten den Standpunkt, dass die Lösung des Deutschlandproblems in erster Linie die Aufnahme von Kontakten und direkten Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik verlangt, mit dem Ziel, für das deutsche Volk und die Sicherheit Europas eine befriedigende Lösung zu finden. Es ist erwünscht, dass auch die Großmächte in dieser Richtung handeln.

Das System der europäischen Sicherheit, das durch die Bemühungen aller interessierten Staaten erzielt werden könnte, dürfte eine wirksame Garantie für den europäischen Frieden sein.

Unter Berücksichtigung der Rechte des polnischen Volkes erkennt die Föderative Volksrepublik Jugoslawiens die Oder-Neisse-Grenze, die in den Potsdamer Verträgen festgelegt und durch die DDR anerkannt ist, als endgültige polnisch-deutsche Grenze an.

Die Anerkennung der westlichen polnischen Grenze durch die Staaten, die das bis jetzt noch nicht getan haben, könnte zur Stabilisierung der Beziehungen in Europa und zur Befestigung des Friedens in diesem Teil der Welt beitragen."

Während der polnisch-jugoslawischen Gespräche zeigte man auch sehr viel Interesse für die Entwicklung im Nahen Osten. Beide Partner waren sich darüber einig, dass die letzten Vorgänge in diesen Gebieten eine Bedrohung des Weltfriedens bedeuten könnten.:

"Beide Seiten tauschten ihre Ansichten über die Situation im Nahen Osten aus, wo erneut die Gefahr der Verletzung des Friedens aufgetaucht ist, wo weiterhin verschiedene Formen des Druckes besonders gegen Syrien, das eine unabhängige Politik führt, angewandt werden. Beide Seiten vertreten den Standpunkt, dass die bisher noch nicht gelösten brennenden Probleme und Fragen, vor allem in einigen Ländern Asiens und Afrikas, nicht mit

kolonialen Methoden solchen militärischen und ökonomischen Druckes, sondern im Einklang mit den Rechten der Völker auf Selbstbestimmung im Geiste der Charta der Vereinten Nationen gelöst werden sollen, was nur den Interessen des Friedens entspricht."

In der Frage der Hilfe für die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder waren beide Partner sich darüber einig, dass die Großmächte sowie auch andere Länder einen Plan zur Unterstützung der zurückgebliebenen Länder ausarbeiten sollten, und Mittel aus einer Verringerung der Rüstung sollten in erster Linie zu diesem Zweck verwendet werden. Beide Partner waren ferner für die Stärkung der Autorität der Vereinten Nationen, für die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in diese Organisationen, für allgemeine Unterstützung der friedlichen Koexistenz der verschiedenen Staaten.

b) Beziehungen zur Sowjetunion, über die "führende Rolle" der UdSSR

Es besteht kein Zweifel, dass die Gespräche über die Beziehungen Polens und Jugoslawiens zur SU ein zentrales Problem der polnisch-jugoslawischen Gespräche bildeten. Wie bereits erwähnt, versuchten beide Seiten dieses Problem nur mit grösster Vorsicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Trotzdem jedoch durchbrachen die Diskussionen über dieses Thema sehr oft den künstlich geschaffenen "diplomatischen" Rahmen. An verschiedenen Stellen sprach GOMULKA seine Anerkennung für die "Härte des Geistes der jugoslawischen Arbeiterklasse" aus, die sich während der "bekannteren" Etappe nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte. In seiner Rede in "Litostroj" sagte er:

"Diese Etappe gehört zur Vergangenheit. In der internationalen Arbeiterbewegung begann eine Etappe der Erneuerung, die besonders in der Geschichte des XX. Parteitages der KPdSU ihren Ausdruck fand."

In seiner Belgrader Rede vom 15. September 1957 versuchte TITO, ein sehr wichtiges Problem genauer zu erörtern, und zwar das Problem der führenden Rolle der SU in den Ostblockstaaten. Obwohl er betonte, dass diese führende Rolle der SU gerechterweise zufällt, formulierte er genauer, was er unter dem Begriff "führende Rolle der Sowjetunion" verstehe:

"Wir erwähnen die 'führende Rolle der Sowjetunion' in dieser Bedeutung, daß die SU als erstes sozialistisches Land besonders für die Erhaltung des Friedens und die richtigen Beziehungen der sozialistischen Länder verantwortlich ist.

Als Land, in dem die Oktoberrevolution stattgefunden hat, hat sie Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Proletariat und den fortschrittlichen Kräften überhaupt. Hierauf beruht ihre führende Rolle. Es gibt kein anderes Land, das solche materiellen und andere Möglichkeiten hat wie die SU. Wir zweifeln an dieser grossen Rolle des ersten Landes

des Sozialismus nicht. Wir sind jedoch der Meinung, dass in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung zwischen grossen und kleinen sozialistischen Ländern solche Beziehungen bestehen sollten, die einen Anstoss für die Wiederherstellung der Atmosphäre des Vertrauens gegenüber der SU auch in der ganzen Welt geben könnten."

Obwohl der "diplomatische Charakter" der TITO-Rede sehr auffallend ist, muß man feststellen, dass diese Formulierung weit von den Formulierungen abweicht, die man in der sowjetischen und in der stalinistischen Presse schlechthin findet. Wie bekannt, sprechen die sowjetischen Theoretiker über die SU zumindestens als der "Poststrasse des Sozialismus". Dabei verbinden sie diesen Begriff mit der Forderung, dass die sowjetischen Erfahrungen für die anderen Länder bindend seien.

c) Verschiedene Wege zum Sozialismus, kein "nationaler" Kommunismus

Neben den Beziehungen zur Sowjetunion standen verschiedene wichtige ideologische Probleme im Mittelpunkt der polnisch-jugoslawischen Gespräche. In erster Linie sprachen sich beide Seiten kategorisch für das Prinzip "verschiedener Wege zum Sozialismus" aus. In mehreren Reden betonten GOMULKA und TITO, dass der Sieg dieses Prinzips eine Folge des XX. Parteitagos sei. Ein Zitat aus der bereits erwähnten Belgrader Rede TITOs kann als Beispiel der Einstellung der beiden Partner hier dienen:

"Wir stützen uns auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Aber es handelt sich um die Durchführung dieser Prinzipien in konkreten Situationen und unter Bedingungen, die von der geschichtlichen Entwicklung verschiedener Länder abhängig sind. Jugoslawien hat seine spezifischen Bedingungen, ebenso Polen. Es ist klar, daß ein Kopieren der Erfahrungen der Sowjetunion unmöglich ist.

Wir haben aus der Sowjetunion die positiven Erfahrungen übernommen, wir haben jedoch das abgelehnt, was wir in unseren Ländern nicht anwenden können.

Das fand auch in der polnisch-jugoslawischen Erklärung seinen Ausdruck:

"Für den Sozialismus und den Frieden in der Welt hat die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Länder beträchtliche Bedeutung. Eine wesentliche Bedingung dieser Entwicklung ist eine schöpferische Anwendung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus auf die konkreten und spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder, die durch ihre geschichtliche, ökonomische und soziale Entwicklung festgelegt sind. Die Folge davon ist die Verschiedenheit der Wege zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern."

GOMULKA und besonders TITO wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß von Seiten der Sowjetunion der "proletarische Internationalismus" verletzt worden sei, was sich besonders während des Bruches der Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau gezeigt habe. Zu dieser Zeit sei nicht die SU, sondern Jugoslawien den Prinzipien des "Proletarischen Internationalismus" treu geblieben. In seiner Belgrader Rede sagte TITO:

"... Das Jahr 1948 war für unseren Internationalismus eine grosse Probe, bei ausserordentlich schweren Bedingungen und in den schwierigsten Stunden hatten wir immer vor Augen, dass wir durchhalten mussten, da in uns als Kommunisten der Geist des Internationalismus lebte."

In der "polnisch-jugoslawischen Erklärung" heisst es dazu:

"Die Bindungen und die Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und den Arbeiterparteien sowie auch zwischen den sozialistischen Ländern sollen sich auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus stützen: Solidarität, gegenseitige Hilfe, Souveränität und Gleichheit, Freundschaft und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten."

Die polnischen und jugoslawischen Gesprächspartner betonten mehrmals, dass diese, ihrem Wesen nach antistalinistische Entwicklung, eine Folge der objektiven Veränderungen in der Arbeiterbewegung sei, die ihre Widerspiegelung auch im XX. Parteitag der KP der SU fand, und die mit irgendwelchem "Nationalkommunismus" nichts gemein habe.

In besonders scharfer Weise distanzierte TITO sich in seiner Belgrader Rede von diesen Begriffen. Er bezeichnete die These, dass die polnische und jugoslawische Entwicklung ein "Nationalkommunismus" sei, als völligen Unsinn. Er sagte, dass "dies schon deswegen ein Idiotismus ist, weil Nationalkommunismus mit der Definition des Internationalismus nicht vereinbar ist."

d) Die Stärkung der polnisch-jugoslawischen Beziehungen

Was die polnisch-jugoslawischen Beziehungen anbelangt, so brachten die polnisch-jugoslawischen Gespräche eine Vertiefung dieser Beziehungen in sehr konkreter Form. Die "polnisch-jugoslawische Erklärung" spricht über folgende Massnahmen, die in nächster Zeit getroffen werden sollen:

- 1) Gemeinsame Beratungen nach Bedarf, vor allem jedoch in solchen Fällen, wo Probleme der Sicherheit und des Friedens der beiden Völker berührt sind.
- 2) Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Berufung einer polnisch-jugoslawischen Kommission der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- 3) Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit durch Entwicklung und Unterstützung von Kontakten verschiedener Art der kulturellen Organisationen beider Völker, durch baldige Gründung kultureller Informationszentren in Warschau und Belgrad.

3) Einige zusammenfassende Bemerkungen

Die polnisch-jugoslawischen Gespräche, die von beiden Partnern als grosser Erfolg bezeichnet wurden, kann man nur dann richtig beurteilen, wenn das gesamte Material über diese Gespräche objektiv behandelt wird. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die westliche Presse, besonders die westdeutsche, ähnlich wie auch die polnische, vor allem die ausserpolitischen Probleme dieser polnisch-jugoslawischen Gespräche betonen. Es entsteht dadurch ein nicht ganz richtiges Bild dieser Gespräche. Es ist leicht verständlich, warum dies die polnische Presse tut. Hier sind in erster Linie taktische Momente massgebend. Jugoslawien und Polen waren sich darüber einig, dass alles unternommen werden muss, um den Gesprächen GOMULKA und TITOS nicht den Charakter einer "antisowjetischen Konspiration" zu geben. Eine absichtliche Betonung der ausserpolitischen Belange diente diesem Vorhaben deswegen in günstiger Weise, weil die Widersprüche auf diesem Gebiet zwischen dem polnischen und jugoslawischen Standpunkt einerseits und dem sowjetischen andererseits sehr gering sind.

Aber man muss sehen, dass im Vergleich zu anderen Themen, die Gegenstand der polnisch-jugoslawischen Gespräche bildeten, die ausserpolitischen Probleme keinesfalls den grössten Raum einnehmen. Im Gegenteil, die Probleme der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien, der Beziehungen zur Sowjetunion, der Befestigung einer antistalinistischen Linie auf ideologischem und wirtschaftlichem Gebiet, das alles sind Dinge, die tatsächlich im Vordergrund der polnisch-jugoslawischen Debatten standen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, muss man zu dem Schluss kommen, dass die polnisch-jugoslawischen Gespräche in erster Linie ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung des internationalen Kommunismus bedeuten. Die Tragweite dieser Gespräche liegt in der Tatsache, dass die polnischen und jugoslawischen Bestrebungen, die bisher getrennt voneinander bestanden, die Stufe enger offizieller Zusammenarbeit erreicht haben. Die Trennung der Tätigkeit der jugoslawischen und polnischen Kommunisten war noch dadurch verschärft, dass, trotz der grösseren ideologischen Entfremdung der polnischen Entwicklung von der sowjetischen, Polen das Land ist, das durch verschiedene Verpflichtungen mehr an die SU gebunden ist. Dabei muss in erster Linie an den militärischen Warschauer Pakt, dem Jugoslawien nicht angehört, und an COMECON, zu dem Jugoslawien nur seine Beobachter entsendet, gedacht werden. Diese Widersprüche und auch einige andere Momente der internationalen Lage erschwerten die tatsächliche Annäherung von Warschau und Belgrad. Wahrscheinlich haben die letzten Ereignisse in der Sowjetunion (Absetzung der MOLOTOW-Gruppe) bei den polnischen und jugoslawischen Führern die Überzeugung erweckt, dass die gegenwärtige Situation Gelegenheit zur Vertiefung der Zusammenarbeit der polnischen und jugoslawischen Kommunisten bietet.

Wenn hier die Spekulationen über das "sowjetische Interesse" am GOMULKA-TITO-Treffen hier noch kurz erwähnt werden, dann nur deswegen, um darauf hinzuweisen, dass dies Treffen jene Richtung im internationalen Kommunismus stärkt, die noch heute in der Sowjetunion schärfster Kritik ausgesetzt ist. Die Angriffe gegen den "nationalen Kommunismus", gegen die Arbeiterräte in der Wirtschaft usw., d.h. die Angriffe gegen solche Fakten, zu denen sich die polnischen und jugoslawischen Kommunisten während des Belgrader Treffens bekannt haben, dauern in der Sowjetunion an.

4) Ein polnischer Kommentar

Von einem polnischen Journalisten aus Warschau, der über gute Informationen verfügt, erhielt das Ostbüro der SPD den folgenden Kommentar zu den jugoslawisch-polnischen Besprechungen, der als interessantes Zeitdokument in diesen Bericht aufgenommen wurde:

"Der Besuch der polnischen Partei- und Regierungsdelegation zwischen dem 10. und 15. September 1957 in Jugoslawien war für GOMULKA-Polen wohl eines der wichtigsten ausserpolitischen Ereignisse des Jahres. Zwei grosse Ketzer der stalinistischen Era, die gleichzeitig die zwei einzigen Überlebenden sind, konnten sich hier nach langer Zeit wieder die Hand schütteln. Sie vertraten zwei Systeme, die zwar viel Gemeinsames haben, sich aber dennoch grundsätzlich unterscheiden.

Jugoslawien ist das erste Land, das sich 1948 von sowjetischer Bevormundung befreien konnte. Diese Trennung war zum Teil gewollt, zum anderen Teil aufgezwungen durch das feindliche Verhalten der SU und ihrer Satelliten. Auf ausserpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet war diese Trennung jahrelang vollständig. Die innenpolitische und ideologische Entwicklung Jugoslawiens, die dieser Trennung entsprechen würde, vollzog sich aber nicht. Kräfte, die eine Demokratisierung des Tito-Regimes zu vollziehen versuchten, wurden zum Schweigen gebracht. Jugoslawien blieb ein zwar von der SU unabhängiges aber autokratisch regiertes, kommunistisches Land.

In Polen hat sich eine andere Entwicklung abgezeichnet. Das Gemeinsame mit Jugoslawien waren die Bestrebungen, sich von der sowjetischen Bevormundung zu befreien. Polen befand sich aber in einer völlig anderen geopolitischen Lage, als das von TITO regierte Land. Während Jugoslawien an der Peripherie des Stalin-Imperiums lag und zurzeit des Bruches keine sowjetischen Truppen im Lande hatte, war und ist Polen für die Sowjets ein strategisch und politisch äusserst wichtiges Land, dessen Verlust mit der Aufgabe der Ziele der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland und Westeuropa gleichbedeutend wäre. In dieser Situation war das Erämpfen einer vollständigen Unabhängigkeit von der SU ein Ding der Unmöglichkeit. Wasman

im letzten Oktober erreichen konnte, war das in der gegebenen Situation Höchstmögliche und entsprach einer inneren Autonomie Polens im Rahmen des von den Sowjets geleiteten Ostblocks.

Obwohl es den Polen nicht gelang und nicht gelingen konnte, eine äussere Unabhängigkeit nach dem Tito-Muster zu erreichen, stellte es sich doch sehr bald heraus, dass auf einem anderen Gebiet die Entwicklung viel weiter fortschritt, als es in Jugoslawien der Fall war. Das dauernd von den Sowjets bedrohte und erpresste GOMULKA-Polen verstand es, der Bevölkerung eine für einen kommunistischen Staat höchstmögliches Ausmass an bürgerlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheiten zu geben. An den polnischen Maßstäben gemessen ist Jugoslawien ein Land, das noch viele charakteristische Merkmale der alten Zeit aufweist, ein Land mit einem autokratisch regierenden "Führer" an der Spitze, mit einem intakt gebliebenen Polizeiapparat, ein Land, in dem eine ideologische Opposition mit Gefängnis bestraft wird usw. Wenn man von einem "humanen Sozialismus" spricht, so muss man feststellen, dass Gomulka-Polen diesem Begriff doch wesentlich nähersteht, als das von Tito geschaffene Regime.

Ebenso unterschiedlich, wie die beiden Länder in ihrer inneren Entwicklung sind, stehen sich auch die Hauptakteure des letzten Treffens gegenüber. Der prunkliebende Diktator Tito hat menschlich gesehen wenig Gemeinsames mit dem betbt bescheidenen, fast asketisch lebenden GOMULKA. Den Eingeweihten war es längst bekannt, dass sich die beiden weit weniger persönliche Sympathien entgegenbringen, als man das anzunehmen pflegte. Es waren aber keine persönlichen Motive, die den polnischen Besuch in Jugoslawien zustande gebracht haben und seinen Verlauf bestimmten. Dieser Besuch war eine politische Demonstration, an der sich Vertreter der beiden Länder beteiligten. Diese Demonstration fällt umso mehr ins Gewicht, als sie eine relative politische Bewegungsfreiheit besitzen, während die anderen Volksdemokratien sie nicht erringen konnten.

Es war nur allzugut verständlich, dass sich die Polen während ihres Besuches bei Tito dauernd ein Alibi zu verschaffen versuchten, indem sie mehrmals betonten, dass ihr Treffen mit den Jugoslawen der gemeinsamen Sache aller sozialistischen Länder dienen solle und keineswegs als eine Verschwörung gegen Moskau zu deuten sei. Auch Tito fühlte sich veranlasst, mehrfach zu erklären, dass Jugoslawien und Polen keine "Fraktionsarbeit" im sozialistischen Lager zu machen gedenken. Es wird auch sicherlich niemand in Versuchung kommen, den Verdacht zu schöpfen, dass die beiden sich an einer antikommunistischen Verschwörung beteiligt haben. Aber ebenso sicher darf man annehmen, dass

GOMULKA und TITO die meiste Aufmerksamkeit dem Problem geschenkt haben, das für sie beide am wichtigsten ist: Einschränkung und künftige Ausschaltung der sowjetischen Ansprüche auf die Alleinherrschaft im Block der sogen. sozialistischen Staaten. Polen ist an diesem Problem sicher noch direkter interessiert als Jugoslawien, da Moskau ja wenig Möglichkeiten besitzt, sich in die inneren Angelegenheiten TITOs einzumischen, wohl aber in die GOMULKAs. Aber auch Tito wünscht sich eine Art "freier Gemeinschaft" der kommunistischen Länder, in der auch er mitzureden hätte.

Beide Gesprächspartner mussten sich darüber klar sein, dass ihre beiden Länder kein Gegengewicht zur Macht Moskaus bedeuten. Gleichzeitig wussten sie aber auch, dass ihr Beispiel eine unüberwindbare Anziehungskraft auf die anderen Ostblockländer Europas ausüben muss, und das hinter ihnen ein großes Land steht, dessen verantwortliche Führer wie sie über die sowjetischen Herrschaftsansprüche denken: China. In den offiziellen Ansprachen und Deklarationen war von China so gut wie keine Rede. Das dürfte aber niemanden täuschen. In Belgrad wusste man, dass nur China - gestützt durch die europäischen Satelliten - ein Gegengewicht zu den sowjetischen Machtansprüchen schaffen kann. Ohne Zweifel werden die beiden Gesprächspartner aus Belgrad in diesem Sinne wirken, um das Zustandekommen eines Gleichgewichtes im "sozialistischen Lager" herbeizuführen.

Sowohl in Warschau als auch in Belgrad wird man bemüht sein, in dieser Richtung zu arbeiten, zunächst jedoch mit Mitteln, die ohne Risiko angewendet werden können. GOMULKA wird sicher nicht von der Linie abweichen, die er bisher so konsequent verfolgt hat: alles vermeiden, was den Russen einen willkommenen Anlass zu einer Intervention geben könnte. Er wird sich aber nicht alleine darauf beschränken, die innere Autonomie, die Polen seit dem letzten Oktober besitzt, aufrecht zu erhalten, sondern wird immer grössere Bewegungsfreiheit zu erreichen versuchen.

Schon am 1. September 1957 kommentiert "Trybuna Ludu" den bevorstehenden Belgrader Besuch mit der Feststellung, dass die "zweiseitigen" Kontakte zwischen den sozialistischen Ländern immer stärker werden", und dass sie "eine sehr wirksame Form der Annäherung, Zusammenarbeit und Lösung der Probleme darstellen." Was bedeutet hier die Formulierung "zweiseitige Kontakte"? In dem konkreten Falle bedeutet es nichts anderes, als dass sich die Beziehungen Polens zu Jugoslawien, der CSR, Rumänien, China usw. nicht wie zur Zeit Stalins alleine über Moskau, sondern auf dem direkten Wege zwischen den interessierten Ländern entwickeln sollen. Mit anderen Worten: Man verzichtet auf die sowjetische Vermittlung bei der Erledigung konkreter Probleme, die zwischen Polen und irgendeinem anderen "sozialistischen Staat" entstehen könnten.

An einer anderen Stelle schreibt das polnische Parteiblatt, dass Polen, ebenso wie Jugoslawien auf der Suche nach Mitteln, die zu einer internationalen Entspannung führen würden, auch Teillösungen befürworten, sobald sie dem Zweck der aktiven Koexistenz der Länder des Ostens und des Westens dienen. Informierte Warschauer Kreise behaupten, dass es sich dabei um eine selbständige Initiative Polens handle, die auf eine Aktivität Gomulkas auf aussenpolitischem Gebiet hindeutet. Gerade diese Aktivität ist ein Beweis dafür, dass auch eine aussenpolitische Autonomie für Polen angestrebt wird, ähnlich der, die für die inneren polnischen Angelegenheiten erkämpft werden konnte. Die Tatsache, dass es zu dem Belgrader Treffen kommen konnte, beweist, dass Gomulka auf aussenpolitischem Gebiet eine Bewegungsfreiheit erreicht hat, an die er in den ersten Wochen nach seinem Machtantritt kaum denken konnte.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es zu verstehen, warum man dem Belgrader Treffen auf beiden Seiten den Anstrich eines wichtigen Ereignisses gegeben hat, das nicht nur der Annäherung der beiden beteiligten Länder dient, sondern "für die ganze internationale Arbeiterbewegung" von Nutzen sein wird. (Trybuna Ludu am 11. September 1957). Damit sollte betont werden, dass es auch für andere Interessierte von Bedeutung ist, wenn ein ehemaliges Satellitenland der Sowjetunion die ersten selbständigen Schritte auf dem Gebiet der Aussenpolitik macht. Sicherlich hegt man in Warschau und in Belgrad die Hoffnung, dass auch andere Länder früher oder später diesem Beispiel folgen werden.

Für GOMULKA war der Belgrader Besuch ein Wagnis, obwohl er zweifelsohne vorher Moskau konsultierte und von dort ein "placet" bekam. Man hat sich diese Mühe gemacht, um zu verhindern, dass dieses Wagnis zum Verhängnis wird. Ironisch apostrophierte "Trybuna Ludu" am 12. September diejenigen "Kreise im Westen", die mit diesem Besuch Spekulationen verbinden, die mit den Interessen der sozialistischen Länder nichts gemein haben, die eine Kluft zwischen den sozialistischen Ländern bemerken wollen. Diese Ironie war aber nur Notwehr, weil die "westlichen Spekulationen" nur allzu berechtigt waren.

GOMULKA hat jedoch nichts von einem riskierenden, politischen Abenteurer und, wenn er dieses Wagnis unternommen hat, so tat er das nur, weil er wusste, daß es noch andere gibt, die seine Linie gutheißen.

Seit langem bereitet sich Warschau auf den Besuch des chinesischen Staatsoberhaupts MAO-TSE-TUNG vor. In eingeweihten Kreisen der polnischen Hauptstadt will man wissen, dass der polnische Parteichef nicht nur in Moskau, sondern auch in Peking angefragt habe, wie man sich zu einem Treffen mit Tito stellen würde. Die Antwort, die er von den Chinesen bekam, muss befriedigend gewesen sein.

Nach Ansicht der "Trybuna Ludu" vom 14. September sind die zweiseitigen Gespräche eine neue Etappe in der Entwicklung der internationalen (kommunistischen - d. Red.) Arbeiterbewegung. Sie bedeuten gleichzeitig eine Verstärkung dieser Bewegung. Es ist kaum anzunehmen, dass man in Moskau auch derselben Meinung ist, wenn es sich um Gespräche handelt, an denen Moskau nicht teilnimmt und die es nicht kontrollieren und beeinflussen kann.

Aber die Entwicklung, die sich seit dem Tode Stalins abzeichnete und die auf dem XX. Parteitag in Moskau einen offiziellen Stempel bekam, ist von Moskau nicht mehr zu verhindern. Man kann diese Entwicklung von dort her lediglich bremsen - sie aufhalten oder gar rückgängig machen kann man nicht.

Gomulka weiss, dass seine eventuellen taktischen Fehler die Moskauer Bremse sofort betätigen würden. Aber sowohl er als auch sein Belgrader Kontrahent Tito sind gute Taktiker und haben das Moskau mehrfach bewiesen. Alles, was man offiziell über die Belgrader Gespräche veröffentlicht hat, gibt Moskau keinen Anlass, um in irgendeiner Form einzuschreiten.

In dem Kommuniqué, das nach den Gesprächen veröffentlicht wurde, stellte man die Übereinstimmung der Ansichten in allen besprochenen Problemen fest. Tito meinte, dass er mit Gomulka schnell zu einer Übereinstimmung gekommen sei und gab der Hoffnung Ausdruck, dass er auch mit anderen kommunistischen Ländern und Parteien, "wenn vielleicht auch nichtso schnell" so doch noch zu einer Verständigung in den Dingen kommt, in denen man bis jetzt kein Übereinkommen fand. Auf diese vorsichtige Weise formulierte der jugoslawische Parteichef eine besondere Meinungsübereinstimmung zwischen den beiden Ländern und Parteileitungen, die zwischen ihm und anderen Ostblockländern nicht vorhanden ist. Aus verständlichen Gründen hat Gomulka eine derartige Formulierung vermieden. Da sich aber Titos Äusserung auf ihn bezog, war es nicht notwendig, sie noch einmal zu wiederholen.

Verhältnismässig viel Platz hat man bei verschiedenen Ansprachen, Pressekommentaren und im offiziellen Kommuniqué der deutschen Frage gewidmet. Gerade die Elemente des Belgrader Besuches wurden ausführlich in der Weltpresse behandelt und so erübrigt sich, hier noch einmal darüber zu berichten. Die ostentative Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Tito bezweckte ohne Zweifel eine Rückenstärkung des Gomulka-Regimes sowohl in Polen als auch im Ausland. Man erinnert sich noch gut, dass vor etwa fünf Jahren Tito in dieser Angelegenheit eine etwas andere Haltung einnahm. Alle diesbezüglichen Äusserungen Titos oder der jugoslawischen Presse wurden in Polen mit besonderer Genugtuung vermerkt. Der Protest des Bonner Auswärtigen Amtes und die Feststellung des Staatssekretärs HALLSTEIN, dass die Grenzfrage eine ausschliesslich deutsch-polnische Angelegenheit sei, veranlasste das Blatt "Zycie Warszawy" am 13. September zu der Aussage, dass hier unangenehme Erinnerungen aus der Zeit des "3. Reiches"

ertönt. Hitler realisierte seine aggressiven Ziele, indem er seine aktuellen Gegner immer zu isolieren versuchte. Das Warschauer Blatt meint aber, die Sachen ständen im Jahre 1957 anders als 1939.

Ein interessanter Passus der polnisch-jugoslawischen Erklärung wird im Kommentar der "Trybuna Ludu" vom 17. September hervorgehoben. Das parteiamtliche Blatt schreibt:

"Beide Regierungen betonen besonders die wichtige Rolle der sozialistischen Staaten und sozialistischen Kräfte in der Welt, um Wege der friedlichen Koexistenz anzubahnen. Aber sie beschränken sich keineswegs nur auf diese Staaten und nur auf diese Kräfte. Besonders grosse Hoffnung verbindet sowohl Jugoslawien als auch Polen mit der UNO."

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

17 Jahrestag des Kriegsausbruches

Auf einer Veranstaltung, die am 1. September d.J. in Breslau stattfand, betonte der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, dass von einer echten Freundschaft mit Polen nur der sprechen könne, der auch die westliche Grenze Polens an Oder und Neiße anerkenne.

"Unser Verhältnis zur Bundesrepublik"- meinte Cyrankiewicz - "betrachten wir nicht im Aspekt der Verbrechen, die der Faschismus Hitlers uns gegenüber begangen hat. Das Beispiel der 'DDR' zeigt, dass man mit den Deutschen in Frieden und Freundschaft leben kann. Wir wissen, dass auch in der Bundesrepublik die Menschen keinen Krieg wünschen. Das betrifft nicht nur die Mehrheit der werktätigen Massen, sondern auch einen Teil der Bourgeoisie. Leider, wie oft in der Geschichte Deutschlands, folgt die Politik der Bundesrepublik nicht den friedlichen Neigungen der Massen, sondern den militaristischen und revisionistischen Plänen der deutschen imperialistischen Kreise, die ausschlaggebenden Einfluss haben. Diese Tendenzen spiegeln sich in der Regierung Adenauers wider. In der Folge haben wir jetzt in Westdeutschland einen gefährlichen Entzündungspunkt Europas."

Ein anderer führender polnischer Kommunist, das Politbüromitglied Edward OCHAB, sprach aus demselben Anlaß in dem großen Stadion von Chorzow (Oberschlesien) und erinnerte daran, dass "der deutsche Chauvinismus und Imperialismus der Hauptorganisator und Hauptschuldige am Ausbruch des zweiten Weltkrieges war. Deshalb müssen alle Nachbarn Deutschlands und alle friedliebenden Menschen die Kräfte in Westdeutschland beobachten, die den Weg der Revanche und des Abenteuers beschreiten wollen.

"Wir erinnern an diese Tatsache, weil aus den Spalten der kapitalistischen Presse in Westdeutschland, von den Tribünen verschiedener Landsmannschaften und Soldatenbünde Stimmen laut werden, die den Slawen gegenüber mit Haß erfüllt sind und von einer Rückgabe der Sudeten, Königsbergs und Memels stammeln."

Als unvernünftig bezeichnete OCHAB die Politik dieser Kräfte, die sich eine Vereinigung Deutschlands in der Form vorstellen, dass die Bundesrepublik die "DDR" schlucken wird. Solche Politik kann nur die Wiedervereinigung hinauszögern. Den Staatenbund nach dem Programm von GROTEWOHL bezeichnete OCHAB als einen "realistischen Plan".

2) "Bunte Zusammenhäufung"

Die Wochenzeitschrift "Polityka" befasst sich in ihrem zweiten Septemberheft mit der personellen Zusammensetzung der Partei in Polen und bezeichnet sie als die "Achillesferse". Zu einer regierenden Partei strömten immer in Massen solche Menschen, die nichts anderes als privaten Nutzen im Sinne haben. Man hat in Polen jahrelang nur eine zahlenmässige Vergrösserung der Partei angestrebt, ohne sich um die menschlichen Werte der Parteianwärter zu kümmern. Jetzt hat man wohl eine Massenpartei, die aber in jedem Sinne buntkariert ist. Diese "buntkarierte Massenpartei" ist organisatorisch unfähig, die Methoden ihrer Arbeit zu ändern. Die Folge davon ist eine allgemeine Schlappheit. Der III. Parteitag, der im Dezember stattfinden soll, muss eine gründliche Revision der bisherigen Massnahmen zur Aufnahme in die Partei durchführen und darüber entscheiden, wieman den lästigen Ballast loswerden soll. Die Stimme "Politykas" ist hier besonders interessant, weil sie die Meinung des Parteizentrums, das im ZK die Mehrheit besitzt, vertritt, und auf dem III. Parteikongress sicher eine wichtige Rolle spielen wird.

3) Front der Arbeiter und Bauern nicht fest genug

In einem Presseinterview, das der Vorsitzende der polnischen Bauernpartei, Stefan IGNAR, am 21. September erteilte, stellte er fest, dass man auf dem Lande noch oft Menschen antreffe, die die führende Rolle der Arbeiterklasse und "ihrer Partei" bestreiten. Diese Leute vertreten die Meinung, dass nur die Bauernpartei die Bauern zu organisieren hat, während die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (Kommunisten) nur in der Stadt wirken sollten. IGNAR verurteilte solche Stimmungsmacher sehr scharf und stellte fest, dass die von ihm vertretene Partei die Positionen des Arbeiter-Bauern-Bündnisses nie verlassen würde. (Laut "Trybuna Ludu" vom 22. September).

4) "Poprostu"

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" wendet sich scharf gegen die Publizisten und Feuilletonisten, die die jetzige Parteilinie als nicht "demokratisch genug" bezeichnen. "Die Publizisten, die den Sinn des Oktoberumschwunges anders als die Partei sehen, schätzen die Gefahr seitens der antisozialistischen Kräfte offensichtlich gering. Sie unterstützen sogar diese Kräfte durch ihre ungerechte und demagogische Kritik an der Partei und ihren Kadern, durch die Schwarzseherei bei der Beurteilung der Lage des Landes usw. Die politische Linie der Zeitschrift "Poprostu" spiegelt besonders kraß die Ansichten dieser politischen Linie wieder."

Der Angriff des Parteiblattes macht stutzig, weil er gegen eine Zeitung gerichtet ist, die schon seit ein paar Monaten verstummt ist. (Es war bisher

bei "Poprostu" üblich, während der Sommerferien das Erscheinen einzustellen.) Mit Befremden hat man in Warschau festgestellt, dass - entgegen der redaktionellen Mitteilung - die Zeitschrift "Poprostu" am 1. September ihr Erscheinen nicht wieder aufgenommen hat. Man befürchtet, dass man auf diesem kalten Wege ein Organ liquidieren will, das eine unvergeßliche Rolle bei der Vorbereitung des polnischen Oktobers gespielt hat. Dieses Vorgehen gegen eine Zeitung, die den linken Parteiflügel repräsentiert hat, ist umso unverständlicher, als nach der Beseitigung der MOLOTOW-Gruppe in Moskau alle Anzeichen einer Versöhnung zwischen GOMULKA und der Partei-Linken zu beobachten waren. Es gibt in Warschau Kreise, die sich die Verschärfung des Kurses gegen die Partei-Linken als Referenz an die Adresse Moskaus erklären in einem Augenblick, da sich GOMULKA auf einem anderen Gebiet einer größeren Bewegungsfreiheit versichern will - und zwar auf dem Gebiet der Außenpolitik. Das Vorgehen gegen die "Revisionisten" soll jeden Moskauer Verdacht der Unloyalität GOMULKA-Polens gegenstandslos machen.

II. Wirtschaft

1) GOMULKA auf dem Erntefest

Auf dem traditionellen Erntefesttag, der in diesem Jahr am 8. September in Warschau begangen wurde, hielt der 1. Parteisekretär GOMULKA vor über Zehntausend Bauern eine Ansprache im größten Sportstadion der polnischen Hauptstadt. Er stellte fest, dass die Arbeiter- und Bauernpartei in den letzten acht Monaten ihre neue Landwirtschaftspolitik konsequent realisiert habe. U.a. hat man den Bauern, die ihre Höfe infolge der Agrarreform bekommen hatten, jetzt ihr Eigentumsrecht formell bestätigt, die Pflichtkontingente zum Teil eingeschränkt, zum Teil völlig aufgehoben. Das Land wurde besser als in der Vergangenheit mit Maschinen, Kunstdünger und Baumaterialien versorgt, den Bauernzirkeln hat man wirkliche Selbstverwaltung gegeben usw. Was die Kollektivierung der Landwirtschaft betrifft, meinte GOMULKA, es sei gut gewesen, dass die Kolchosen, die unter Zwang errichtet wurden und keine gesunden Grundlagen hatten, sich jetzt liquidiert haben. Es sei indes schade, dass dabei auch eine Anzahl gut funktionierender Kolchosen aufgelöst wurden.

GOMULKA versicherte, dass er auch weiterhin die Richtlinien der neuen Landwirtschaftspolitik verwirklichen werde. Das Ziel dieser Politik ist, Polen vom Import der Agrarprodukte unabhängig zu machen. Vorläufig sind diese Importe aber noch notwendig. So wird man in den Jahren 1957/1958 eineinhalb Millionen to Getreide aus der SU, den USA und Kanada einführen müssen. Es gibt aber auch Importe, die nicht lebensnotwendig sind, wie beispielsweise der Import von Butter, wenn Polen gleichzeitig über mehr als genug Schweine- schmalz verfügt.

Man kann nicht lange auf Pump leben - so meinte GOMULKA und kündigte an, dass man in Polen nur so viel Butter verzehren werde, wie man selbst herstellen könne.

Es gibt viele Anzeichen einer Besserung in der Situation der Landwirtschaft. So hat man z.B. beobachtet, dass die Bauern der Tierzucht jetzt viel mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen. Im Laufe des letzten Jahres ist - laut "Trybuna Ludu" vom 6. September - die Zahl der Rinder auf 8 Millionen angewachsen (fast eine Mill. mehr als im Vorjahre). Dasselbe trifft für die Zahl der Schweine zu, die jetzt 12. Mill. beträgt.

Der Wohnungsbau auf dem Lande wird infolge der vergrößerten Lieferungen von Baumaterialien um 50 % grösser sein als im Vorjahre. "Trybuna Ludu" stellt am 22. September fest, dass in diesem Jahre zum ersten Male nach langer Zeit der Zuwachs an neuen Wohnungen grösser sein wird als der Ausfall an alten Wohnräumen, die wegen ihres Verfalls nicht mehr benutzt werden können oder auf andere Weise (Feuer) der Benutzung entzogen werden. Damit wird endlich ein normaler Zustand wieder hergestellt, der jahrelang infolge fehlerhafter Politik gestört war.

2) Fehlerhaft berechnet...

"Zycie Warszawy" gibt am 8./9. September zu, dass man in den vergangenen Jahren oft von Erfolgen sprach, die nur auf dem Papier existierten. So hat man z.B. eine "unrichtige Methode" bei der Berechnung des Wertes der globalen Industrieproduktion angewandt und ist dabei zu derartigen Schlüssen gekommen wie, dass Polen im Jahre 1955 in der pro Kopf berechneten Industrieproduktion Italien schon überholt und fast das Niveau von Frankreich erreicht habe. Etwas melancholisch stellt das Blatt fest, dass die Wirklichkeit wohl etwas anders sei.

Dasselbe Blatt beschäftigt sich am 15./16. mit der Entwicklung des Nationaleinkommens in Polen. Man stellt fest, dass in den Jahren 1949/1950 das Wachstum des Nationaleinkommens in Polen viel schneller vorsichging als in allen kapitalistischen Ländern - mit der einzigen Ausnahme der Bundesrepublik, deren Industriepotential im Jahre 1949 nicht voll ausgenutzt war und deshalb in den folgenden Jahren eine schnellere Entwicklung verzeichnete.

Im Jahre 1955 erreichte das Nationaleinkommen Polens eine Höhe von acht Milliarden Dollars (Bundesrepublik = 30 Milliarden Dollar). Das machte pro Kopf der Bevölkerung in Polen 292 Dollar aus, in der Bundesrepublik 600 Dollar jährlich. Diese Zahlen geben freilich nicht die Höhe des Lebensstandards in Polen im Vergleich zu Ostdeutschland wieder, da in der Zeit des Sechsjahres-

Das nur ein verhältnismässig kleiner Teil des Nationaleinkommens für den Verbrauch durch die Bevölkerung bestimmt war, während der Anteil des für Investitionen bestimmten Volkseinkommens grösser als in der Bundesrepublik war.

Das schnelle Wachsen des Nationaleinkommens war hauptsächlich auf die große Entwicklung der Industrieproduktion zurückzuführen. In den Jahren 1956 und 1957 ist das Tempo der Industrienentwicklung viel langsamer geworden. Auch eine Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft kann diesen Ausfall nicht wieder gut machen. Eine ähnliche Tendenz wird bis zum Jahre 1960 andauern und bedeutet, dass sich das Volkseinkommen in Polen viel langsamer vergrössern wird.

Das Blatt stellt fest, dass man Polen jetzt als ein Land der mittleren wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnen kann. Von den hochentwickelten Ländern trennt Polen noch eine grosse Distanz. Nichtsdestoweniger hört Polen auf, ein wirtschaftlich rückständiges Land zu sein.

3) Wirtschaftliche Aktivierung der Kleinstädte

Im Rahmen der Aktion der wirtschaftlichen Aktivierung der Kleinstädte, die sich in den letzten Jahren der stalinistischen "Planwirtschaft" in einem Zustand der langsamen Agonie befanden, hat man im vorigen Jahr 90 mittlere und kleine Fabriken in Betrieb genommen. In diesem Jahr wird man nach "Zycie Warszawy" vom 15./16. September 500 neue Fabriken in Betrieb nehmen. Man hat zu diesem Zweck 500 Millionen Zloty aufgebracht. Alleine in den Westgebieten, wo der Zerfall der Kleinstädte am meisten fortgeschritten war, wird man in diesem Jahr 116 neue industrielle Klein- und Mittelbetriebe errichten, in denen etwa 9.000 Menschen beschäftigt werden können.

Auch die Entwicklung des Handwerks soll zur Belebung der polnischen Kleinstädte beitragen. Auf diesem Gebiet hat man schon gewisse Erfolge verzeichnen können. Die Zahl der Handwerksbetriebe betrug am 30. September 1956 - 96.000, am 30. Juni 1957 dagegen schon 128.000. Die Zahl der im Handwerk Beschäftigten erhöhte sich in dem gleichen Zeitraum von 137.000 auf 176.000.

4) Übermässige Inanspruchnahme der Eisenbahnen

Laut "Trybuna Ludu" vom 3. September hat man unabhängig von dem Wiederaufbau der Kriegszerstörungen 400 km neue Eisenbahnlinien gebaut und 600 km elektrifiziert. Das rollende Material der Eisenbahnen vergrösserte sich um 2.000 Dampflokomotiven, 57 Elektrolokomotiven, 1.800 Personenwaggons und 97.000 Güterwaggons. Diese Neuinvestitionen waren aber ungenügend, um allen Erfordernissen Herr zu werden. Vom Lokomotivbestand sind 30 % überaltert, und

ebenso leidet man unter einem empfindlichen Mangel an Personen- und Güterwaggons. Die Folge ist eine übermässige Inanspruchnahme des rollenden Materials. Im Laufe eines Jahres befördert ein polnischer Güterwaggon 1.327 to (Bundesrepublik: 1.702 to England: Nur 289 to).

In einem Personenwaggon befördert man in Polen jährlich 105.000 Personen (die entsprechenden Zahlen für die Bundesrepublik 66.000 und für England: 26.000). Der Mangel an Personenwagen zwang die Eisenbahn in Polen, zum Teil umgebaute Güterwaggons zur Beförderung von Personen zu benutzen.

5) Nur nebensächliche Begleiterscheinungen

In einem für "Trybuna Ludu" bestimmten Beitrag, der am 7. September erschien, bezeichnete der stellvertretende Ministerpräsident JAROSZEWICZ manche Symptome des wirtschaftlichen Lebens wie Spekulation, Korruption, die weite Verbreitung von Feierschichten usw., als ein lästiges "Nebenprodukt" des in seinem Wesen gesunden Prozesses der Erneuerung, der nach dem Oktober begonnen hat. Es gebe manche, die behaupteten, dass diese Begleiterscheinungen eine unausbleibliche Folge der Reform seien, die der letzte Oktober brachte. Jeder tiefen politischen und wirtschaftlichen Umwälzung - und eine solche brachte der letzte Oktober in Polen - gesellen sich nach JAROSZEWICZ vorübergehend mehr oder weniger starke lästige Symptome bei. Die Ursachen der jetzt zutage kommenden Begleiterscheinungen liegen gerade in der vergangenen Zeit.

Auch "Zycie Warszawy" beschäftigt sich am 10. September mit demselben Thema und stellt fest, dass manche lästigen Symptome, die so stark in Polen auftreten, auch in anderen Ländern zu beobachten sind, wie etwa die wachsende Zahl der Fehlschichten in der CSR. Die Zeiten, in denen man solche Schwierigkeiten mit den Methoden des Terrors und drakonischen Strafen bekämpfte, sind vorbei. Nicht eine formelle Arbeitsdisziplin wie früher wird das Problem lösen, sondern eine freiwillige Disziplin, die den Interessen der Arbeiterschaft entspricht.

1) Streiks

Das theoretische Organ der Vereinigten Arbeiterpartei Polens "Nowe Drogi" bestätigt, dass der grosse Streik der Lodzer Strassenbahner keine vereinzelte Erscheinung war. Im Septemberheft der erwähnten Zeitschrift lesen wir, dass "in den letzten Wochen in einer Anzahl grösserer Industriebetriebe Streiks stattfanden, die, obwohl sie nur kurz waren, unserer Wirtschaft einen grossen Schaden zugefügt haben. Diese Streiks beweisen, dass es in manchen Arbeitsbetrieben viele schlechte und schädliche Zustände gibt, und dass unsere Parteiorganisationen in diesen Betrieben mit den Belegschaften nicht genügend verbunden sind, dass sie sich nicht dafür einsetzen, rechtzeitig berechnete Forderungen der Arbeiter zu erfüllen und sich den unberechtigten oder unrealistischen Forderungen nicht gleich widersetzen."

Diese Streiks sind nach "Nowe Drogi" ein ernst zu nehmendes Alarmzeichen für die Partei und müssten der Ausgangspunkt einer gewissenhaften und kritischen Analyse der Parteiarbeit unter der Arbeiterschaft werden.

"Volkspolen will den Arbeitern das Recht auf Streik nicht nehmen" - schreibt "Nowe Drogi" - "Unsere Partei sagt aber der Arbeiterklasse deutlich und entschlossen: Ein Streik ist kein Weg zur Verbesserung der Lage, da er die 'Brotration', die dem Volk zur Verteilung bleibt, nicht vergrößert, sondern verkleinert."

"Nowe Drogi" beschäftigt sich weiter mit konkreten Streikfällen:

"Beim Streik in der niederschlesischen Fabrik 'Rokita' stellten die Arbeiter insgesamt 14 Forderungen. Von diesen 14 Forderungen war nur eine allerdings sehr wichtige, unrealistisch und daher unberechtigt: Die Forderung auf die sofortige Lohnerhöhung. Aber die 13 übrigen Forderungen waren berechtigt und erfüllbar. Sie wurden sofort nach der Proklamierung des Streiks positiv erledigt. Eine Frage entsteht nun: Konnten diese richtigen Forderungen nicht vorher, bevor der Streik ausbrach, erledigt werden? Sie konnten und sollten erledigt werden, sie sollten schon lange erfüllt werden."

Das Parteiorgan scheint sich bei seiner Analyse der Illusion zu ergeben, dass die Erfüllung solcher selbstverständlichen Forderungen wie Versorgung aller Produktionsabteilungen mit Trinkwasser oder Verbesserung der ärztlichen Hilfe die Arbeiterschaft zufrieden stellen und sie zum Verzicht auf den Streik veranlassen würde. Die Sache ist aber nicht so einfach. Der Kampf der Arbeiter um eine Verbesserung der Löhne ist unter polnischen Verhältnissen nicht viel mehr als der Kampf um das Existenzminimum. Vom Wassertrinken ist bekanntlich noch niemand satt geworden.

Nach zehn Jahren stalinistischer Mißwirtschaft und Schlamperei ist GOMULKA jetzt nicht in der Lage, allen Arbeitern einen menschenwürdigen Lebensstandard zu bieten. Es ist eine allbekannte Wahrheit, aber für diese Wahrheit kann kein Arbeiter seinem Kinde die bitter notwendigen Schuhe kaufen. Niemand wird GOMULKA den guten Willen absprechen, die Lage der Arbeiter verbessern zu wollen. Aber dieser gute Wille gesellt sich zu dem absoluten Unvermögen, ihm einen konkreten Ausdruck, einem für die Arbeiter wahrnehmbaren Ausdruck zu geben. Die Verzweiflung unter der Arbeiterschaft in Polen muss sehr gross sein, wenn die Tatsache stimmt, über die "Nowe Drogi" berichtet:

"Während des Streiks im Lodzer Schlachthaus stellen manche Unruhestifter offen die Forderung, der Staat solle die Betriebe den privaten Kapitalisten geben, weil diese die Arbeiter besser bezahlen werden."

Ein paar Jahre normaler Wirtschaft würden GOMULKA wahrscheinlich die Möglichkeit geben, einen wesentlichen Teil der Forderungen auf Lohnerhöhungen zu erfüllen. Werden die polnischen Arbeiter diese paar Jahre warten wollen? Und dabei muss noch vermerkt werden, dass Warten allein noch nicht genügt. Um diese Ziele zu erreichen, müsste GOMULKA die schlecht bezahlten Arbeiter dazu bewegen, gut und anständig zu arbeiten, denn sonst wird man in ein paar Jahren nicht viel weiter sein als heute. Dies ist das schwierigste Problem, vor dem GOMULKA steht. Wird er es lösen, so braucht er keine inneren Schwierigkeiten zu erwarten.

2) Statistik

Am 31. 3. 1957 zählte die Bevölkerung Polens 28.180.000 Einwohner. Davon lebten 12.754.000 in den Städten und 15.426.000 auf dem Lande. Der Geburtenüberschuss ist in Polen immer noch sehr groß, obwohl er in den letzten Jahren eine abnehmende Tendenz zeigte. Am Ende des Jahres 1956 lebten in den Westgebieten 6.842.000 Menschen. Schon im Jahre 1953 stellte der stellvertretende Ministerpräsident JEDRYCHOWSKI fest, dass die Bevölkerung der Westgebiete ca. 7 Millionen Einwohner umfasst. Bei dem hohen Geburtenüberschuss der in den Westgebieten noch viel höher als in anderen Teilen Polens ist - müsste die Bevölkerungszahl viel höher sein.

Eine Erklärung liegt in der Tatsache, dass in der Zwischenzeit viele Einwohner der westlichen Gebiete entweder Polen verlassen haben oder aber ins Zentrum des Landes zurückkehrten. In der stalinistischen Ära war das Leben in diesen Gebieten bekanntlich sehr schwer, viel schwerer als in Zentralpolen. Viele Einwohner der Dörfer und der Kleinstädte zogen es vor, sich den Schikanen der dortigen Verwaltung dieser Gebiete zu entziehen.

3. Polen und Ausland

1) Ostsee - ein Friedensmeer

Während des letzten Besuches der sowjetischen Führer in der "DDR" im vergangenen Sommer überraschte ein polnischer Journalist einen der sowjetischen Delegierten - MIKOJAN -, indem er ihm in Rostock die Frage stellte, wie er sich zu einer engeren Zusammenarbeit aller Anliegerstaaten der Ostsee stellen würde. Der Sowjetpolitiker hielt das für eine durchaus brauchbare Idee, blieb aber in seinen sehr allgemein gehaltenen Äußerungen ziemlich zurückhaltend.

Ein paar Wochen später, am 1. September, äusserte sich der polnische Planungschef JEDRUCHOWSKI bei einer Aussprache in Danzig zu diesem Plan:

"Wir möchten möglichst freundschaftliche Beziehungen zu den Völkern haben, die an der Ostseeküste leben."

Es vergingen nur wenige Tage, als am 10. September in allen polnischen Zeitungen ein Interview erschien, das der sonst so pressenscheue GOMULKA einem Vertreter der dänischen Nachrichtenagentur "Ritzau" gab. Das einzige Thema des Interviews war: Die Ostsee müsste ein Friedensmeer werden. Damit hat sich endlich der Mann geäussert, den man in Warschau für den Schöpfer der Idee eines Staatenverbandes an der Ostsee hält.

In Warschau will man wissen, dass dieser Ostseeplan das erste Signal und Startzeichen einer eigenen ausserpolitischen Konzeption GOMULKAs ist, wodurch er auch auf ausserpolitischem Gebiet seinem Lande eine ähnliche Bewegungsfreiheit sichern will, wie Polen es schon in seinen inneren Angelegenheiten geniesst. GOMULKA scheint mit allen Kräften eine Situation herbeiführen zu wollen, in der Polen nicht nur ein Mitglied des Ostblocks und des Warschauer Paktes ist, sondern sich auch in irgendeiner Form mit den Staaten verbündet, die nicht zum Moskauer Einflussbereich gehören. Dem dänischen Journalisten gegenüber formulierte er das folgendermassen:

"Es hat sich eine Situation ergeben, in der es unter den Anliegern der Ostsee Staaten gibt, die zum Atlantikpakt, zum Warschauer Pakt und schliesslich zu keinem Pakt gehören. Diese Situation schafft einerseits Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung, allseitigen Austausches und Zusammenarbeit, andererseits aber verbirgt sie auch ernste Gefahren für die Völker dieses Teils von Europa, die ohne Zweifel alle den Frieden wünschen. Welche Konsequenz soll man aus dieser Situation ziehen? Nach unserer Meinung ist es möglich und sogar notwendig, dass die Völker an der Ostsee und in Skandinavien einen Versuch unternehmen, auf der Ostsee und runherum um sie ein friedliches Gebiet zu schaffen, indem die Staaten mit unterschiedlichen Regierungsformen und verschiedenen politischen Orientierungen konstruktiv miteinander zusammenarbeiten. Auf diese Weise

wird die Ostsee ein Meer werden, das die Völker verbindet: Ein Friedensmeer."

In dieser Konstellation verspricht sich Polen eine weitere Steigerung seiner Handelsumsätze mit den skandinavischen Ländern. Besonders interessiert ist Polen an einem grossen Kohleexport nach den Ländern Skandinaviens.

Am 11. September bezeichnet "Trybuna Ludu" den Vorschlag GOMULKAs als realistisch und versch ihm mit folgendem Kommentar:

"Die Hauptidee des Interviews ist folgende: Da man in der derzeitigen Situation keine radikale Änderung der Situation erwarten kann wie z.B. Auflösung der NATO oder des Warschauer Paktes, muss man im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten solche Lösungen suchen, die eine friedliche Koexistenz im Ostseeraum ermöglichen würden."

Das Blatt stellt fest, dass Polen konsequent auf dem Wege weitergehen wird, eine friedliche Lösung für den Ostseeraum zu erreichen. Die polnischen Vorschläge sollen aber nicht als das einzig mögliche Rezept betrachtet werden.

Es scheint aber ziemlich fraglich zu sein, ob GOMULKA über diese Ostseekonzeption der Sprung nach ausserhalb des Eisernen Vorhanges gelingen wird. Die Tendenz ist aber unverkennbar und sehr bezeichnend.

2) Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Westen

Am 16. September ist eine Delegation der englischen Universitäten nach Polen gekommen, um persönliche Kontakte mit polnischen Wissenschaftlern anzuknüpfen. Am 8. September berichtete "Trybuna Ludu", dass 1958 eine Delegation polnischer Universitätsprofessoren die Engländer wieder besuchen wird.

Es ist auch vorgesehen, dass sich junge polnische Wissenschaftler im nächsten Jahr nach England begeben werden, um dort ihre Studien fortzusetzen.

"Zycie Warszawy" teilt am 22./23. September mit, dass der polnische Literaturprofessor aus Krakau, Julian KRZYZANOWSKI, einen Lehrauftrag an der New Yorker Universität übernommen hat. Es ist vorgesehen, dass der polnische Gelehrte ein Jahr in New York verbleiben wird.